
FORUM

Johano Strasser: Die bundesdeutschen Gewerkschaften - ohnmächtig in der Krise?

Prof. Dr. Johano Strasser, geboren 1939, ist Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, war mehrere Jahre Vorstandsmitglied der Jungsozialisten und ist Mitglied der Grundwertekommission der SPD.

Die bundesdeutschen Gewerkschaften scheint so leicht nichts aus der Fassung zu bringen: zwei Millionen registrierte Arbeitslose nicht und nicht der stückweise Abbau sozialer Leistungen und die schamlose Umverteilung zugunsten der Privilegierten, die der liberale Koalitionspartner der sozialdemokratisch „geführten“ Regierung diktiert (von der katastrophalen Zerstörung der Umwelt und der forcierten Aufrüstung gar nicht zu reden). Zwar gibt es Protest, aber er hält sich in Grenzen, in den Grenzen jener bürgerlichen Wohlanständigkeit, die nach der offiziellen Legende dem deutschen Arbeiter einen Wohlstand beschert hat, um den ihn seine ausländischen Kollegen beneiden. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit rechnen es sich

Sozialdemokraten und Gewerkschafter als Verdienst an, der Wirtschaft Streiktage erspart und den sozialen Frieden gesichert zu haben. Und in der Tat hat sich die vorsichtige Taktik der bundesdeutschen Gewerkschaften ausgezahlt, auch für die Arbeitnehmer.

Den Beweis für den Erfolg der eigenen Taktik liefert der Hinweis auf die britischen Gewerkschaften. Was haben die häufigen Streiks den Arbeitnehmern dort gebracht? Ihr Lebensstandard liegt deutlich unter dem der Bundesdeutschen, die Labour-Regierung wurde durch eine konservative abgelöst und Frau Thatcher und ihre Mannen ruinieren die Wirtschaft und demontieren den Sozialstaat in einem Tempo, wie es - so hoffen wir - in der Bundesrepublik niemals möglich wäre.

Verständlich, daß das britische Beispiel für die bundesdeutschen Gewerkschaften nicht gerade anziehend ist. Fragt sich nur, ob Vergleiche wie diese ein Grund zur Selbstzufriedenheit sind, ob sich daraus ableiten läßt, daß die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik am besten fahren, wenn die Gewerkschaften im wesentlichen so weitermachen wie bisher. Nicht wenige führende Gewerkschafter erwecken in der Tat den Eindruck, als glaubten sie an eine bruchlose Kontinuität gewerkschaftlicher Strategie und Taktik. Sie halten es offenbar nicht für notwendig, das bisherige Vorgehen kritisch zu überprüfen, die veränderten Bedingungen zu analysieren und auf sie mit einer veränderten Strategie und Taktik zu antworten. Zu ihnen gehören auch viele derjenigen, die sich nach langen Jahren gedeihlicher Zusammenarbeit mit dem Kapital in gelegentlichen kämpferischen Posen gefallen. Verbalradikalismus war in den Gewerkschaften immer recht billig zu haben. Er mußte nur ohne praktische Folgen bleiben. Mir wird jetzt schon ganz angst und bange, wenn ich an die vielen markigen Reden denke, die zum 1. Mai 1982 gehalten werden und denen dann prompt die mehr oder weniger deutliche Beteuerung folgt, daß alles gar nicht so böß gemeint war.

Tatsache ist, daß auch viele Gewerkschafter nicht wissen, was sie den Arbeitgebern entgegenhalten sollen, wenn diese behaupten, daß, wo der Absatz zurückgeht, die Arbeitslosigkeit steigt und die Wachstumsaussichten insgesamt trübe sind, es für die Gewerkschaften nichts zu holen gebe. Das Unternehmerargument sticht gegenüber einer Gewerkschaftsbewegung, die sich vor allem darauf konzentriert, aus wirtschaftlichen Zuwächsen einen (möglichst großen) Teil auf die Arbeitnehmer in Form von Einkommenssteigerungen zu verteilen. Seit Jahren sind die wirtschaftlichen Zuwachsraten dürftig und zumindest für die nächsten Jahre ist nicht zu erwarten, daß wir wieder jene Höhe des Wirtschaftswachstums erreichen, die wir (in völliger Unkenntnis der Wirtschaftsgeschichte) in den 60er Jahren für normal zu halten begannen. Mit den veränderten Wachstumsbedingungen hat sich aber auch der Rahmen für die gewerkschaftliche Tarifpolitik verändert. Der Wachstumspakt mit dem Kapital, der den bundesdeutschen Gewerkschaften in der Vergangenheit zwei-

fellos beachtliche Erfolge ermöglichte, erweist sich heute immer deutlicher als Fessel einer autonomen, die neue Problemlage offensiv nutzenden Gewerkschaftsstrategie.

Selbstlähmung durch Überprofessionalisierung

Da die bundesdeutschen Gewerkschaften sich -von wenigen Ausnahmen abgesehen - auf die veränderte Lage noch nicht eingestellt haben, sind sie zur Zeit fast hoffnungslos in die Defensive geraten. Die regierenden Sozialdemokraten in Bonn, selbst in Rückzuggefechte verstrickt, bemühen sich zwar, das Schlimmste zu verhindern, aber das kleinere Übel ist übel genug. Lähmung breitet sich aus, nicht nur in der Sozialdemokratie, auch in den Gewerkschaften. Inzwischen geht der Alltagsbetrieb weiter: business as usual in der Hoffnung, alles könne noch einmal so werden wie in den nachträglich vergoldeten 60er Jahren. Der Immobilismus der Gewerkschaften wird gefährlich. Die mangelnde Kampfbereitschaft der Kollegen ist ein Faktor, mit dem die Unternehmer rechnen. Weitermachen wie bisher wird daran nichts ändern. Im Gegenteil: Wenn den Gewerkschaften tarifpolitisch und allgemein strategisch nicht mehr einfällt als bisher, erhöht sich die Chance der Unternehmer und ihrer politischen Interessenvertreter, auch bei uns ein gesellschaftspolitisches Roll-back nach britisch-amerikanischem Muster zu inszenieren.

Daß die Gewerkschaften nun, da der Sozialstaat, der Friede und damit auch die Demokratie ernstlich bedroht sind, sich als kaum aktionsfähig erweisen, hat viele Gründe. Einer davon ist die Überprofessionalisierung. Über Jahrzehnte hinweg haben sie sich mehr und mehr zu professionalisierten Dienstleistungsunternehmen entwickelt, die sich gegenüber ihren Mitgliedern vor allem durch regelmäßige Einkommenssteigerungen und durch Gewährung von Rechtshilfe bei Streitfällen im Arbeitsalltag legitimieren. Tüchtige Fachleute nehmen die Interessen der Mitglieder wahr; diese selbst werden zumeist nur zum Beitragzahlen gebraucht. Das Ergebnis ist, daß das einfache Gewerkschaftsmitglied sich heute zur Gewerkschaftsführung und zum hauptamtlichen Apparat vielfach ähnlich verhält wie der Bürger unserer unterentwickelten Demokratie zum Staat: Wenn für ihn genug abfällt, kümmert er sich nicht weiter darum, was „die da oben“ machen; geht etwas schief, dann motzt er über die Führung oder zieht sich enttäuscht zurück. Allzu leicht übersieht er, daß es vor allem an seinem Engagement, an seiner Fähigkeit zu solidarischer Aktion liegt, ob sich trotz Krise und Krisenstimmung etwas erreichen läßt oder nicht. Die Kehrseite der Überprofessionalisierung ist auch in den Gewerkschaften die Entpolitisierung der Basis. Vielen Gewerkschaftsprofis - das darf nicht übersehen werden -war und ist die Entpolitisierung der Mitgliedschaft nur recht. Einige konnten dabei ganz ungestört ihr Schäfchen ins Trockene bringen. Der Fall „Viator“ ist auch das Ergebnis eines Professionalisierungsprozesses, bei dem die gewerkschaftliche Basis immer mehr zum reinen Dienstleistungsempfänger wurde und der soziale

Gehalt der Kampforganisation „Gewerkschaft“ weitgehend verloren. Nie wurde in den letzten Jahren in der Organisation darüber diskutiert, wie sich ein Funktionsträger, ein Manager eines Gewerkschaftsunternehmens zu verhalten habe, was ihn eigentlich unterscheiden sollte von seinem kapitalistischen Gegenstück. Der professionalisierte Apparat orientierte sich in Einkommenshöhe und Verhaltensweisen zumeist an den Vorbildern in der „freien Wirtschaft“. Eine eigene Moral galt den Gewerkschaftstechnokraten als überflüssig. Albert Vietor ist gewiß nicht das Ungeheuer, zu dem manche ihn jetzt hochstilisieren. Wer könnte ihm widersprechen, wenn er sein Verhalten als „ganz normal“ bezeichnet? In einer Gesellschaft, in der die private Bereicherung als Erfolg und Leistung gefeiert wird, *ist* es normal. Die Frage ist nur, ob Gewerkschafter ihre Glaubwürdigkeit behalten können, wenn sie sich kritiklos der kapitalistischen Normalität anpassen.

Dies ist aber eine Frage, die nicht nur an Albert Vietor, sondern an die bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung insgesamt zu richten wäre. Erschreckender noch als der Fall „Vietor“ ist das Ergebnis einer Untersuchung über „Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise“, die in Bremer Betrieben in den letzten Jahren durchgeführt wurde.¹ Ein Großteil der befragten Arbeitnehmer, unter ihnen nicht wenige Gewerkschafter, manche sogar in Funktionen, leugnen schlicht, daß es Arbeitslosigkeit als Problem gibt, schimpfen über „Drückeberger“, die sich auf Kosten des Sozialstaats einen faulen Lenz machen, oder auf ihre ausländischen Kollegen, die den Deutschen die Arbeitsplätze wegnähmen. Wie soll bei einem solchen Bewußtseinsstand erfolgreich für eine Vollbeschäftigungspolitik gekämpft werden, die diesen Namen verdient?

Die Gewerkschaften haben genau wie die SPD offenbar weitgehend vergessen, daß ihre Stärke auf einer politisch bewußten und engagierten Mitgliedschaft beruht. Politisches Bewußtsein und Engagement entstehen aber nicht von selbst, vor allem nicht in einer Öffentlichkeit, in der die Menschen unter ständigem Medienbeschuß desinformiert und manipuliert werden. Jetzt zeigt es sich, wohin es führt, wenn man die Bildungsarbeit vernachlässigt, wenn man in völliger Verkennung der strategischen Bedeutung von Information und Kultur die gewerkschaftseigenen Publikationen vernachlässigt, die Europäische Verlagsanstalt verkaufte und alle paar Jahre auch noch die Büchergilde Gutenberg zur Disposition stellt. Was Linken und Alternativen außerhalb der SPD und der Gewerkschaften mit der „Tageszeitung“ gelungen ist, was ein kleines Häufchen von Sozialdemokraten und anderen Linken in Schleswig-Holstein mit der „Kieler Rundschau“ und neuerdings in Hamburg mit der „Hamburger Rundschau“ versucht, dies soll für die Gewerkschaften mit ihren ungleich größeren finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten nicht machbar sein? Hier wie auf anderen Gebieten fehlt es an dem politischen Willen, das Notwendige machbar zu machen.

¹ Rainer Zoll (Hg.), Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise, Bund-Verlag Köln 1981

Die Zukunft der Arbeit sichern!

Jetzt, in der Krise, müssen die Gewerkschaften beweisen, daß sie keine Schönwetter-Gewerkschaften sind. Gerade jetzt brauchen die Arbeitnehmer, braucht die Demokratie und der Sozialstaat ihren Schutz, ihre Kampfkraft, ihre Orientierung. Schüchtern hat die Diskussion um die „inhaltliche Erweiterung der Tarifpolitik“ in den letzten Jahren eingesetzt. Die — freilich halbherzig vertretene — Forderung nach der 35-Stunden-Woche, die praktischen Vereinbarungen im Bereich der kleinen, aber einfallsreichen Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten sind immerhin richtige Ansätze. Aber die breite kritische und selbstkritische Diskussion um eine tragfähige Gewerkschaftsstrategie für die 80er und 90er Jahre ist bisher ausgeblieben. Wo ist die überzeugende Konzeption des DGB zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung? Das Festhalten an Wachstumsillusionen und die Neuauflage Keynescher Rezepte, von denen man weiß, daß sie für kurzfristige Wachstumseinbrüche bei insgesamt ungebremster Expansionsdynamik erdacht wurden, führt nicht zu zukunftsorientierten Lösungen. Zwar ist ein Beschäftigungsprogramm, wie von den Gewerkschaften gefordert, allemal besser als der monetaristische Unsinn, den Konservative und Liberale gemeinhin vertreten. Aber wenn Keynes die ganze Weisheit ist, sehe ich für die Zukunft der Arbeit schwarz.

Die Krise, mit der wir es heute zu tun haben, geht sehr viel tiefer als die vorangegangenen. Die Bedingungen des Wirtschaftens und Arbeitens befinden sich in einem radikalen Wandel. Die Gewerkschaften müssen darauf mit einem gründlichen neuen Nachdenken über die Zukunft der Arbeit in unserer Gesellschaft antworten. Dabei kann auch die kitzlige Frage nach dem Verhältnis der Gewerkschaften zum „technischen Fortschritt“ und seinen sozialen und ökologischen Konsequenzen nicht ausgeklammert werden. Solange die Gewerkschaften einem als naturwüchsig hingenommenen Rationalisierungsprozeß hinterherlaufen, wird ihr Spielraum zu eigenständiger Gestaltung der sozialen Verhältnisse immer enger werden. Nach zuverlässigen Schätzungen werden die sich heute bereits abzeichnenden großen Rationalisierungsschübe - wenn man sie passieren läßt - Millionen weiterer Arbeitnehmer „freisetzen“. Daß sich diese „Freisetzungseffekte“ durch wirtschaftliches Wachstum allein ausgleichen ließen, wagt wohl kaum noch jemand ernsthaft zu behaupten. Wachstum der erforderlichen Größenordnung (mindestens 6 bis 8 % jährlich) ist völlig außerhalb der Diskussion. Hier stellt sich die Frage der Arbeitszeitverkürzung mit besonderer Dringlichkeit. Allerdings muß davor gewarnt werden, vordringlich in der Herabsetzung des Rentenalters die Lösung zu suchen. Was auf den ersten Blick so plausibel erscheint, hat meiner Ansicht nach auf Dauer gefährliche soziale Konsequenzen. Man wird letztlich nicht um die Frage nach der Vernunft unseres Rationalisierungskonzepts und damit nach den sozialen und ökologischen Folgen unseres technisch-ökonomischen Entwicklungsmodells herumkommen.

Das Thema „arbeitsorientierte Technologiepolitik“ muß so diskutiert werden, daß es auch eine neue Sicht der Rationalisierungsproblematik erlaubt. In diesem grundsätzlichen Sinn muß es in die Diskussion um die Humanisierung der Arbeit einbezogen werden. Die Frage nach der Qualität der Arbeit, nach den Möglichkeiten der Entfaltung der Persönlichkeit im Arbeitsprozeß darf in Zukunft nicht mehr hinter den Einkommensfragen rangieren. Im Gegenteil tun die Gewerkschaften gut daran, wenn sie bei den zu erwartenden geringen Wachstumsraten die Verbesserung der Arbeitsqualität über die Steigerung der Einkommen stellen. Die großen Fortschrittmöglichkeiten unserer Gesellschaft - dies wird sich immer deutlicher erweisen - liegen nicht mehr in der Steigerung des Konsums, sondern in der Erweiterung der Chancen für (weitgehend) selbstbestimmte, aus sich selbst heraus Befriedigung gewährende Praxis. Dies bedeutet keineswegs eine Abwendung von materiellen Forderungen und freiwilligen Verzicht. Schon lange kann es nicht angehen, denjenigen Verzicht zuzumuten, die an unserem gesellschaftlichen Reichtum am wenigsten teilhaben. Eben darum ist die Forderung nach mehr Gleichheit heute von besonderer Aktualität. Da wir zumindest auf lange Zeit mit geringen oder ausbleibenden ökonomischen Wachstumsraten rechnen müssen, lassen sich die Probleme der Verteilung nicht mehr verdrängen, wie dies in der Vergangenheit weitgehend der Fall war. Solidarität in der Krise heißt heute vor allem: Angleichung der Einkommen, gerechte Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle, die arbeiten können und wollen, und Ausweitung der Mitspracherechte der Arbeitnehmer über den Einsatz des technisch-ökonomischen Potentials. Dies bedeutet härtere Konflikte als bisher, denn es geht nun um Umverteilung, statt um die bequemere Verteilung von Zuwächsen!

Die bisher geübte Zurückhaltung der Gewerkschaften bezüglich der *Inhalte* der Produktion wird sich nicht mehr aufrechterhalten lassen. Dies zeigt sich exemplarisch im Rüstungssektor. Zum Glück stemmt sich die IG-Metall gegen den massiven Druck (auch von den betroffenen Belegschaften und ihren Betriebsräten) auf Ausweitung des Rüstungsexports. Ein Nachgeben in diesem Punkte hätte fatale Folgen. Im übrigen wäre es auch beschäftigungspolitisch wenig sinnvoll. Worauf es jetzt aber ankommt, ist, zusammen mit den betroffenen Kollegen unter Hinzuziehung von wissenschaftlichem und technischem Sachverstand konkrete Alternativen zur Rüstungsproduktion zu entwickeln, die mit den vorhandenen Arbeitskräften und dem vorhandenen technischen Potential realisiert werden können und für die gesellschaftlicher Bedarf besteht. Die britischen Kollegen bei Lucas Aerospace haben gezeigt, daß es geht. Die Gewerkschaften müssen sich heute notwendig den Kopf der Unternehmer zerbrechen, weil von diesen soziale Verantwortung in der Krise nicht zu erwarten ist.

Im Jahre 1972 führte die IG Metall einen großen internationalen Kongreß zum Thema „Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens“ durch. Das war eine Pioniertat,

die leider alsbald in der Gewerkschaftsroutine versickerte. Heute ist es dringend erforderlich, daß die Gewerkschaften einen neuen Anlauf machen, die drängenden Zukunftsprobleme ohne Scheuklappen zu diskutieren. Sie — wer denn sonst? — müssen das Thema „Zukunft der Arbeit“ zum öffentlichen Thema machen. Wenn die Gewerkschaften es jetzt nicht schaffen, die Grundfragen der Arbeit zur Diskussion zu stellen und tragfähige Orientierungen für die Arbeitnehmer dieses Landes zu erarbeiten, werden sie immer weiter in die Defensive gedrängt werden. Bloße an Gruppeninteressen orientierte Besitzstandswahrung reicht nicht aus. Auch auf die Gefahr harter interner Konflikte hin müssen die Gewerkschaften ihren Kurs heute neu bestimmen. Ohne eine kleine „Kulturrevolution“ wird es dabei wohl nicht abgehen. Aber die damit verbundenen Schwierigkeiten sind immer noch erträglicher als der gegenwärtige Zustand und sicher ein Klacks verglichen mit dem, was auf die Arbeitnehmer zukommt, wenn durch die Mitschuld der Gewerkschaften in der Bundesrepublik die Statthalter Reagans ans Ruder kommen.